ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Kontinuitäten und Wandlungen: die Zäsur von 1945 in der deutschen Geschichte im Vergleich zu Japan

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1991) : Kontinuitäten und Wandlungen: die Zäsur von 1945 in der deutschen Geschichte im Vergleich zu Japan, In: Dietmar Petzina, Ronald Ruprecht (Ed.): Wendepunkt 1945?: Kontinuität und Neubeginn in Deutschland und Japan nach dem 2. Weltkrieg, ISBN 3-88339-868-3, Brockmeyer, Bochum, pp. 29-39

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112300

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Jürgen Kocka

Kontinuitäten und Wandlungen. Die Zäsur von 1945 in der deutschen Geschichte im Vergleich zu Japan

I.

Blickt man auf das Jahr 1945, liegen deutsch-japanische Ähnlichkeiten auf der Hand. Beide Länder hatten lange Jahre der Diktatur hinter sich, und wenn es auch umstritten ist, ob man die japanische Diktatur wie die deutsche als faschistisch qualifizieren soll, bestanden doch ausgeprägte Gemeinsamkeiten, was die Unterdrückungsformen, die expansive Dynamik und die Ideologien betrifft. Beide Länder hatten als Aggressoren einen Krieg angefangen – das eine in Asien, das andere in Europa – einen Krieg, der zum Weltkrieg wurde und in dem sie verbündet waren, z.T. gegen dieselben Feinde. Fast zur gleichen Zeit erlitten sie eine tiefe Niederlage, die zugleich Befreiung bedeutete: von der Diktatur im Innern, die ohne Niederlage fortgedauert hätte. Für beide Länder bedeuten die Jahre um 1945 einen tiefen Einschnitt in verfassungs-, sozial- und kulturgeschichtlicher Hinsicht. Sowohl in Japan wie auch in Deutschland spielten die Amerikaner als Besatzungsmacht eine zentrale Rolle bei der Neugestaltung von Gesellschaft und Politik.

Gleichwohl unterschieden sich die japanische und die deutsche Situation um 1945 stark. Während die amerikanische Besatzungsmacht Japan durch ein System der indirekten Kontrolle zu beherrschen suchte, Teile der alten Regierung unter amerikanischer Oberleitung weiter existierten und das alte Regierungssystem an die neuen Bedingungen angepaßt wurde[1], setzten die Sieger in Deutschland die alte Regierung ab und übernahmen die Macht direkt. Im wesentlichen existierte deutsche Verwaltung nur auf lokaler Ebene weiter. Erst allmählich entstand deutsche Staatlichkeit neu, vor allem im Rahmen der neu gegliederten Länder. Während der Tenno im Amt blieb (wenn auch unter sich tiefgreifend verändernden Verfassungsverhältnissen), beging Hitler Selbstmord. Während das japanische Staatsgebiet im wesentlichen unversehrt blieb, gingen große Teile des Territoriums des Deutschen Reiches verloren. Während es die Japaner nur mit einer Besatzungsmacht (den Amerikanern) zu tun hatten, wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt: Voraussetzung der späteren Spaltung des deutschen Nationalstaates in zwei Teile.[2]

---

1 Vgl. A. Amakawa, Besatzung und Bürokratie in Japan (in diesem Band).

2 Vgl. als sehr gute Einführung mit Quellen Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982.

Die nationalsozialistische Diktatur war in Deutschland nach ihrer Niederlage und nach der Bekanntmachung ihrer Unmenschlichkeiten tiefer diskreditiert als die Militärdiktatur nach 1945 in Japan. Tiefgreifenden Veränderungen scheint man nicht zuletzt deshalb nach 1945 auf der deutschen Seite weniger Widerstand entgegengesetzt zu haben als auf der japanischen. Der Bruch in Deutschland ging tiefer, in Japan gab es mehr Kontinuität, und manches in der Entwicklung der nächsten Jahre reflektiert diesen Unterschied.[3]

II. Kontinuitäten

Trotzdem hat es auch in Deutschland (jedenfalls im westlichen Deutschland, auf das sich dieser Aufsatz beschränkt) – ähnlich Japan – wesentliche Kontinuitäten gegeben, die die Zeit vor 1945 mit der nach 1945, des nationalsozialistischen Deutschland mit der entstehenden Bundesrepublik verknüpften. Zwei dieser Kontinuitäten seien genannt. Die eine wurde mit Hilfe der Amerikaner bewahrt, die andere gegen sie verteidigt.

Es hat nach dem Krieg starke Kräfte und den verbreiteten Wunsch in Deutschland gegeben, die kapitalistische Wirtschaftsordnung – gekennzeichnet durch private Verfügungsmacht über Kapital, profitorientierte Entscheidungen in privaten Unternehmen, Marktbeziehungen und Lohnarbeit – durch irgendeine Form von Sozialismus oder Gemeinwirtschaft zu ersetzen. Antikapitalismus war weit verbreitet. Zum einen glaubten viele, daß der Kapitalismus eine entscheidende wirtschaftliche Verbesserung für die Bevölkerung nicht zuwege bringen würde und daß man sich schon deshalb in diesem zerrütteten und verarmten Land keine Privat-Unternehmerwirtschaft mehr leisten könne. Zum anderen war die durchaus zutreffende Überzeugung verbreitet, daß die tiefe Krise des Kapitalismus um 1930 und die antidemokratische, antiparlamentarische und antisozialistische Politik der meisten Unternehmer einen wichtigen Anteil am Untergang Weimars und damit am Sieg des Nationalsozialismus gehabt hatten; das sollte sich nicht wiederholen. Ende 1946 stimmten z.B. in Hessen 72% der Wähler für einen Verfassungsartikel, der die sofortige Sozialisierung der Grundstoffindustrie, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft vorsah.

---

3 Vergleicht man die konservativen Kräfte in Japan und Deutschland nach 1945, so fällt auf, daß sich die deutschen Konservativen mit ihrer Abkehr von Nationalismus und Antiparlamentarismus deutlicher aus ihrer Tradition lösten als die japanischen Konservativen aus der ihrigen. Zum Vergleich zwischen Adenauer und Yoshida vgl. H. Otake, Die Etablierung konservativer Herrschaft nach dem Krieg (in diesem Band). – Die schärfere Ausprägung der Zäsur in Deutschland dürfte als ein Faktor unter anderen mit erklären, warum im ganzen die nationalsozialistische Vergangenheit im Nachkriegs-Deutschland sehr viel konsequenter kritisiert und "aufgearbeitet" worden ist als die japanische Diktatur im Nachkriegs-Japan.

Zwar kam es in der Folge zu gewissen Neuansätzen in der Wirtschaftsverfassung. Vor allem auf die Arbeitnehmer-Mitbestimmung ist zu verweisen, die auf Drängen der Gewerkschaften im Montanbereich konsequent, in den anderen Großunternehmen halbherzig durchgesetzt wurde. Aber im ganzen scheiterten die Versuche einer antikapitalistischen Strukturreform. Warum?

Für die breite Bevölkerung hatte das Thema keine hohe Priorität. Überleben war wichtiger, von Politik hatte man ohnehin genug, nach 1945 formierten sich in Deutschland anders als nach 1918 keine radikalreformerischen oder revolutionären Massenbewegungen. Außerdem konnte man ab 1947 beobachten, daß das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System durchaus noch für wirtschaftlichen Aufschwung gut war und umgekehrt die Sozialisierung der Sowjetischen Zone weder zu mehr Leistungskraft noch zu mehr Demokratie führte. Die Unternehmerinteressen erwiesen sich in den Westzonen als gut organisiert und relativ einflußreich. Vor allem aber scheiterten antikapitalistische Strukturreformen an der amerikanischen Besatzungsmacht unter General Lucius D. Clay, der Verwaltungswirtschaften für ineffizient und letztlich undemokratisch hielt sowie für ungeeignet in der sich herausbildenden Konfrontation mit den Sowjets. Schließlich wollten die Besatzungsmächte auch nicht zuviel ökonomische Macht in den Händen des eben noch bekämpften deutschen Staates zusammengeballt sehen.[4]

Mindestens so wichtig wie die kapitalistische Kontinuität war die bürokratische. Das deutsche Berufsbeamtentum hatte sich schon im späten 18. und frühen 19.Jahrhundert herausgebildet. In Bayern, Preußen und in anderen deutschen Staaten entstand damals eine bürokratische Tradition, die nach 1871 auch Verwaltung und Politik des Deutschen Reiches prägte und die zu Beginn des 20.Jahrhunderts von Max Weber fasziniert beschrieben wurde.[5]

Beamte wurden auf der Grundlage genereller Qualifikationen ernannt,

---

4 Dazu vgl. J. Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: C. Stern u. H.A. Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1945, Frankfurt a.M. 1979 ., S.141-168, bes. S.147-152; E. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Frankfurt a.M. 1970; sowie ausführlich D. Petzina in diesem Band, der die tatsächlich erfolgten Reformen (wie Mitbestimmung) und die kommandowirtschaftlichen Elemente vor 1945 stärker (und m.E. zu stark) gewichtet, aber die grundsätzliche Kontinuität gleichwohl nicht leugnet.

5 M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden deutschen Soziologie. Studienausgabe, 2 Halbbde., Köln 1956, S.162 ff., 703 ff.; O. Hintze, Der Beamtenstand (1911), in: ders., Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, Göttingen 2.Aufl. 1964, S.66-125; H. Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums, Köln 1980; B. Wunder, Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a.M. 1986.

die Höheren nach Absolvierung von Universitätsausbildungen. Die Beamten verfügten über besondere Rechte: Sie konnten ohne den Nachweis persönlichen Verschuldens nicht entlassen werden, sie wurden nach Amt und Dienstalter bezahlt (nicht nach individueller Leistung) und sie besaßen das Anrecht auf Pension nach dem Ende der Dienstzeit. Sie standen in königlichem oder fürstlichem bzw. später in staatlichem Dienst. Ihrem Dienstherrn schuldeten sie besondere Loyalität wie ihnen dieser umgekehrt mit besonderer Fürsorge begegnete. Die Beamten bildeten in Deutschland relativ unabhängige Kader: relativ unabhängig gegenüber dem Volk, den Parteien, den Parlamenten, den Monarchen und z.T auch gegenüber den sozialen Klassen, aus denen sie vor allem stammten: Adel und Bürgertum. Sie verfügten über ausgeprägtes Standesbewußtsein, hohes Sozialprestige und inneren Zusammenhalt. Sie waren einflußreich, tüchtig und leistungsstark. Die wichtigsten Reformen sind im Deutschland des 20.Jahrhunderts von Beamten – "von oben" – durchgeführt worden. Andererseits erwiesen sich die Beamten oftmals als Vertreter eines autoritären Obrigkeitsdenkens. Die Demokratisierung forderten sie nicht. Nach 1918/19 standen die meisten von ihnen der demokratisch-parlamentarischen Republik skeptisch bis ablehnend gegenüber. Und sie dienten auch dem Nationalsozialismus.[6]

Das deutsche Berufsbeamtentum hatte die tiefen Einbrüche von 1933, 1918/19, 1870/71 und 1848/49 ohne wesentliche Änderungen überstanden. Das war eine mächtige bürokratische Tradition. Würde es auch den Umbruch 1945 überstehen?

Die Amerikaner und die Engländer kamen aus Ländern, die kein solches Berufsbeamtentum kannten. Nicht ohne Berechtigung sahen sie in dieser obrigkeitsstaatlichen-bürokratischen Tradition eine Belastung der Demokratie. Sie strebten eine radikale Reform des deutschen Berufsbeamtentums an.

Vor allem die Amerikaner betrieben den personellen Wechsel in den Verwaltungen. Im Zuge der "Entnazifizierung" sollten auch die belasteten Beamten, die mit dem Nationalsozialismus zusammengearbeitet hatten oder selber Nazis gewesen waren, entlassen werden. Und sowohl in der amerikanischen wie in der britischen Zone strebte man nach der Änderung des Beamtenrechts. Die Sonderrechte der Beamten sollten abgeschafft, deutlicher als bisher sollten sie den gewählten politischen Instanzen unterstellt werden. Den Beamten sollte überdies verboten werden, für politische Mandate zu kandidieren. So sollte der traditionell hohe Beamtenanteil in den

---

6 Vgl. H. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966; W. Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965; H. Fenske, Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer, Berlin (West), S.117–136 .

Parlamenten (vor allem in den Parteien der Rechten und der Mitte) beseitigt, der große politische Einfluß der demokratisch nicht legitimierten Beamten gebrochen werden.

Doch während solche und andere Strukturreformen von den Sowjets und den Kommunisten östlich der Elbe mit diktatorischen Mitteln durchgesetzt wurden und die Franzosen in ihrer Zone kein allzu großes Interesse zeigten, scheiterten die Amerikaner und die Engländer mit ihren Initiativen weitgehend. Die Entnazifizierung traf zwar zunächst besonders das mittlere und höhere Beamtentum hart. So wurden z.B. von den hessischen Beamten, die im Mai 1945 im Dienst des Landes standen, aus politischen Gründen bis zum 1.Mai 1946 75% entlassen. Doch spätestens 1947 kehrte sich der Trend um. Die wieder steigenden Anforderungen der Verwaltung, der Mangel an unbelasteten, qualifizierten Beamten, die innere Unsicherheit der Entnazifizierungspolitik, die zunehmende Entscheidungsmacht der deutschen Stellen und die nun auf raschen Wiederaufbau gerichtete Besatzungspolitik führten zur Wiedereinstellung der meisten entlassenen Laufbahnbeamten. Diese personelle Restauration wurde auf der Grundlage des Artikels 131 des Grundgesetzes in den frühen 50er Jahren vollendet. Auch die in mehreren Anläufen vorgetragenen Versuche, das Beamtenrecht zu ändern, scheiterten am hinhaltenden Widerstand der Deutschen.

Denn auf der deutschen Seite sympathisierten lediglich SPD und Gewerkschaften mit den alliierten Zielen, und auch dies nur zum Teil und ohne viel Nachdruck. In allen Parteien und parlamentarischen Vertretungen waren die Beamten überdies stark vertreten. Sie erwiesen sich als einflußreich genug, ihre Degradierung zu verhindern. Schließlich konnten die Amerikaner und Briten das, was sie für einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung Deutschlands hielten, auch nicht mit diktatorischen Mitteln erzwingen. Die Bürokratie war stark und unersetzbar genug, um den Angriff auf ihre "wohlerworbenen Rechte" abzuwehren. Der Schul- und Hochschulbereich machte diesen doppelten Restaurationsprozeß voll mit: Institutionell wurde vorwiegend auf die Weimarer Situation zurückgegriffen, personell wurde auf eine klare Abgrenzung von der nationalsozialistischen

Zeit nach kurzem verzichtet.[7]

Das Prestige, der Korpsgeist und die antiparlamentarischen Vorbehalte des Beamtentums sind sicherlich in der Diktatur und durch den Zusammenbruch geschwächt worden. Dem Durchbruch des demokratischen Parlamentarismus in der Bundesrepublik hat die Bürokratie keine Steine mehr in den Weg gelegt, anders als noch in der Weimarer Republik. Dennoch bedeutet diese bemerkenswerte Kontinuität des Beamtenapparats über den Einbruch von 1945 hinweg eine deutliche Anbindung der neuen Bundesrepublik an die Jahrzehnte davor, ganz im Unterschied zur DDR. Sozialkonservativer Geist und Stil drangen von hier aus in die Politik, Gesellschaft und Kultur der jungen Republik ein; vordemokratische Autoritätsmuster und illiberale Traditionen wurden auf diesem Weg weitergereicht, allerdings auch Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die für das neue, labile Staatswesen unbezahlbar waren.

All dies prägte den Stil und den Inhalt der jungen Republik sehr stark mit, denn es gibt gerade in Deutschland wenig Lebensbereiche, die von staatlich-bürokratischen Eingriffen und Beeinflussungen frei sind.

---

7 Vgl. L. Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierungspolitik am Beispiel Bayerns, Berlin (West) 2.Aufl. 1982; I. Lange, Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Siegburg 1976. W. Benz, Versuche zur Reform des öffentlichen Dienstes in Deutschland 1945-1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29, 1981, S.216-245; D.J. Blum, Das passive Wahlrecht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Deutschland nach 1945 im Widerstreit britischer, amerikanischer und deutscher Vorstellungen und Interessen. Ein alliierter Versuch zur Reform des deutschen Beamtenwesens, Göppingen 1972; U. Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943-1947, Stuttgart 1985; U. Wengst, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948-1953, Düsseldorf 1988. - Th. Eschenburg, Der bürokratische Rückhalt, in: R. Löwenthal u. H.-P. Schwarz (Hg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S.64-94 .

Ähnlich wie in Japan ist also die Reform des öffentlichen Dienstes im westlichen Deutschland weitgehend gescheitert. Auch in Deutschland waren die inneren Durchgriffsmöglichkeiten der Besatzungsmächte begrenzt, die HandlungsspielräumederBeherrschtennichtunbedeutend.[8]

III. Brüche und Neuanfänge

Trotz dieser beiden Kontinuitäten bedeuten die Jahre um 1945 einen tiefen Umbruch in der Geschichte der deutschen Gesellschaft. Dies sei abschließend in sechs Punkten kurz begründet.[9]

---

8 Dasselbe zeigt sich an den Grenzen der alliierten Dekonzentrationspolitik gegenüber den japanischen Zaibatsu und den deutschen Industriekonzernen. Vgl. M. Hosoya, Auflösung von "Zaibatsu" (in diesem Band); W. Rudzio, Die ausgebliebene Sozialisierung an Rhein und Ruhr. Zur Sozialisierungspolitik von Labour-Regierung und SPD 1945-1948, in: Archiv für Sozialgeschichte, 18, 1978, S.1 ff. - Vielleicht waren die unmittelbaren Eingriffe der Amerikaner in die innere Entwicklung Japans teilweise sogar schärfer als ihre Eingriffe in die innere deutsche Entwicklung. Während die neue japanische Verfassung auf einen amerikanischen Entwurf zurückging, basierte das später ausgearbeitete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf deutschen Entwürfen (unter Berücksichtigung gewisser Vorgaben der westlichen Alliierten). Weil die von innen getragenen Veränderungen in Japan auch nach der Niederlage zögerlicher verliefen und der auf Änderung dringenden Besatzungspolitik mehr Resistenz entgegengesetzt wurde als auf der deutschen Seite, kam es in Japan zu schärferen Eingriffen der Besatzer als im westlichen Deutschland - was aber nichts daran ändert, daß die japanische Entwicklung kontinuierlicher verlief als die deutsche. Soweit Wandel geschah, scheint er in Japan stärker von außen erzwungen worden zu sein als in Deutschland, wo er natürlich auch durch den Sieg der Alliierten entscheidend geprägt wurde, dann aber stärker von innen her mitgetragen wurde.

9 Ausführlicher und mit Belegen bei J. Kocka, Zerstörung und Befreiung: Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte, in: ders., Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S.120-139; M. Broszat (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

1. Daß Deutschland einen großen Teil seines Territoriums im Osten verlor und in zwei Staaten geteilt wurde, ist bekannt. Dies stellte einen tiefen Bruch in der Kontinuität dar, dessen Folgen bis heute nicht absehbar sind. Vergleicht man mit Japan, dem ein ähnliches Schicksal erspart blieb, erweist sich die staatliche Teilung Deutschlands als eine Folge der Tatsache, daß Deutschland von mehreren Siegern erobert wurde, vor allem von den Amerikanern und den Sowjets; eben deshalb führte der bald anhebende Kalte Krieg zwischen diesen in Deutschland zur staatlichen Spaltung, dagegen in Japan zur Bekräftigung der Einheit des Staates.

2. Was die herrschenden Klassen in Deutschland von den herrschenden Klassen einer voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft vor allem unterschied, war bis 1933 die teilweise adlige, bevorrechtigte Großgrundbesitzerklasse Ostelbiens gewesen, die der Demokratisierung von Gesellschaft und Staat seit dem 19.Jahrhundert vehementen Widerstand entgegengesetzt und einen großen Beitrag zum Sieg des Nationalsozialismus geleistet hat. Diese Klasse der "Junker" hat 1945 aufgehört zu existieren.
Nicht nur die Sieger legten sich 1945 in Potsdam auf eine Bodenreform fest, die den Großgrundbesitz aufteilen sollte. In allen deutschen Parteien wurde sie vorübergehend gefordert. Sie unterblieb im Westen aus ähnlichen Gründen wie die Sozialisierung. Jedoch geschah sie dort, wo sich die ökonomische Basis der Junker befand: in der Ostzone und in den von Polen und Rußland annektierten deutschen Ostgebieten. Der Historiker Golo Mann schreibt dazu:
"Der stärkste Träger der alten Autorität, der preußische Adel, ist damals dreimal ruiniert worden: Durch den Krieg, in dem Tausende seiner Mitglieder fielen; durch seinen Widerstand gegen Hitler, die Kette von Verschwörungen, in deren Folge er zu Hunderten ausgerottet wurde, endlich durch Polen und Russen. Da wurden die Junker von ihren Gütern gejagt – wieviel umkamen, hat niemand gezählt –, ihre Schlösser abgetragen, ihr Besitz verteilt. Die Überlebenden verschwanden in der Masse der Flüchtlinge aus dem Osten ... Eine Tragödie, umso grausamer, weil sie so sehr spät kam, und die man in dem abgestumpften Wirrsal der ersten Nachkriegsjahre kaum auch nur bemerkte."[10]

Dies trifft zu – doch zutreffend ist auch, daß seit 1945 diese Belastung der Demokratie in Deutschland nicht mehr besteht. Die letzten Überreste des Feudalismus wurden in jenen Jahren abgebaut. Kam es nicht in Japan zu ähnlichen Veränderungen?

---

10 Deutsche Geschichte des 19. und 20.Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1958, S.1027 .

3. Eine zweite große Belastung der Demokratie in Deutschland stellte der Militarismus spätestens seit den Reichsgründungskriegen von 1866 und 1870/71 dar. Bis zum Ende der Weimarer Republik gelang es nicht, die Armee der zivilen Gewalt voll unterzuordnen. Der Eigenständigkeitsanspruch der militärischen Spitzen begrenzte die Parlamentarisierung in Deutschland. Unheilvolle Entwicklungen gingen von diesem "Staat im Staate" aus, vor allem 1914–1918 und in der Endphase der Weimarer Republik.

Was die Autonomiebestrebung des Militärs in der deutschen Verfassungsgeschichte, war das Überborden militärischer Wertvorstellungen, militärischen Stils und militärischer Verhaltensformen in der deutschen Sozialgeschichte. Mehr als in den westlichen Ländern prägte das Leitbild des Offiziers große Teile des Bürgertums. Befehl und Gehorsam, Dienst, Pflicht und Treue rangierten höher auf der Wertskala als Gelassenheit und Toleranz, Kritik und Diskussion. Traditionsverbände, Burschenschaften und Korps vermittelten diese Tradition auch in der Weimarer Republik. Liberaldemokratische Tugenden entwickelten sich nur mühsam.

Die nationalsozialistische Diktatur trieb diese militaristische Tradition auf die Spitze und dann in den Ruin. Was den zivilen Regierungen in Kaiserreich und Republik nicht gelungen war, Hitler gelang es: die Unterordnung des Generalstabs, seine Instrumentalisierung und personelle Umbildung in einem bald auch militärisch wahnwitzigen Krieg. Zum Blutzoll, den diese traditionelle Führungsgruppe im Krieg und schließlich im Widerstand des 20.Juli 1944 zahlte, kam die ihren Nimbus kräftig zerstörende Niederlage.

In der Bundesrepublik stellt die Armee keinen Staat im Staate mehr dar. Die Hypertrophie militärischer Werte, Umgangsformen und Verhaltensweisen ist eine Sache der Vergangenheit geworden. Auch in diesem Punkt dürften sich die Schlüsse ähneln, die man in Japan und in Deutschland aus den Erfahrungen des Krieges für den Neubeginn gezogen hat. Die Abwendung von den militärischen Traditionen war vielleicht in Japan, dem Opfer der beiden ersten Atombomben-Abwürfe, noch ausgeprägter.

4. Die nationalsozialistische Politik, der Weltkrieg und der Zusammenbruch wirbelten die deutsche Gesellschaft durcheinander. Sie lösten alte Bindungen auf, zerstörten Traditionen, milderten herkömmliche innere Konflikte und schliffen soziale Unterschiede ein wenig ab. Beschauliches dörfliches Leben wurde in den Strudel nationalistischer Mobilisierung gerissen.

Diktatur und Weltkrieg relativierten herkömmliche Wertungen. Vieles brach da zusammen, z.B. oftmals der Glaube an die Nation. Die riesigen, erzwungenen Wanderbewegungen zerstörten lokale, kleinräumige Einbindung und mischten die Bevölkerung neu durcheinander. Die Bombenangriffe zerstörten auch die alten Arbeitersiedlungen, später traten moderne

Wohngebäude und breite Straßen an ihre Stelle. Nachbarschaften verschwanden, Strukturen zerfielen, nachdem die totalitäre Diktatur bereits vorher die autonomen Organisationen der Arbeiterbewegung zerstört hatte. Unter dem Druck von Diktatur und Krieg verlor auch der konfessionelle Gegensatz an Bedeutung.

All das mag man bedauern. Es handelte sich um die Zerstörung von Traditionen, um die Relativierung älterer Bindungen, um die Schwächung herkömmlicher Identitäten, um Verluste – sicherlich. Die spezifische Traditionslosigkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft wurde hier vorbereitet, die allerdings erst durch das beschleunigte Wirtschaftswachstum der folgenden Jahrzehnte in der Bundesrepublik richtig zur Geltung kam (anders als in der viel traditionsgeprägteren DDR). Heute beklagt man das häufig, sieht man die Kosten der zerstörerischen Modernisierung, beklagt den Mangel an Tradition und Identität. Aber man darf auch nicht übersehen, daß auf diese Weise traditionelle Erstarrungen der deutschen Sozialstruktur aufgelockert, manchem zerstörerischen Sozialkonflikt die Schärfe genommen und die Chancen demokratischer Konfliktregelung vergrößert wurden.

5. Damit hängt auch der Bruch zusammen, der die Entwicklung des deutschen Parteien- und Verfassungssystems kennzeichnet. Sehr stabil war das viergliedrige deutsche Parteiensystem seit etwa 1848: Liberale – Konservative – das katholische Zentrum – Sozialdemokratie. Im Prinzip überstand es auch die Revolution von 1918/19. Aber nach 1945 entstand es nicht neu, auch nicht in der Bundesrepublik. Die konfessionsübergreifende CDU/CSU stellt in dieser Hinsicht eine wichtige Neuheit dar, aber auch die volksparteiliche Erweiterung der SPD ist zu betonen. Daß die KPD in der Bundesrepublik nahezu chancenlos blieb, läßt sich jedoch nicht als Folge von Nationalsozialismus und Weltkrieg erklären, vielmehr als Resultat des sich herausbildenden und besonders in Deutschland ausgetragenen Ost-West-Gegensatzes, der Entstehung von zwei deutschen Staaten im Kalten Kriege und des dadurch verschärften Antikommunismus im westlichen Deutschland. Die in Weimar so prägende Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und Kommunismus wurde damit gewissermaßen "territorialisiert": die SPD in der Bundesrepublik, die kommunistisch dominierte SED in der DDR.

Auch die traditionelle politisch-ideologische Dreigliederung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde nach 1945 nicht restauriert. Die gemeinsame Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, die eine selbständige Arbeiterbewegung unterdrückt und Arbeiterführer der verschiedensten politischen Ausrichtung verfolgt hatte; die Not in der Nachkriegszeit; die gemeinsame Frontstellung gegenüber den Besatzungsmächten, die den gewerkschaftlichen Wiederaufbau streng kontrollierten und oftmals verzögerten – all dies erleichterte die Gründung einer

"Einheitsgewerkschaft" statt der politischen "Richtungsgewerkschaften", die bis 1933 bestanden hatten.

6. Und erstmals entstand in Deutschland ein funktionierendes parlamentarisch-demokratisches Verfassungssystem. Das Grundgesetz entstand auf der Basis einer schnell erreichten Übereinstimmung zwischen den westlichen Alliierten und fast allen politischen Kräften im westlichen Deutschland. Diese Übereinstimmung erklärt sich zum einen aus der Tiefe der Niederlage und der radikalen Diskreditierung des vorangehenden Systems; zum anderen aus dem beginnenden Kalten Krieg. Entsprechend hatte die Verfassung der Bundesrepublik eine doppelte Frontstellung: in Absetzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit und von der entstehenden Diktatur östlich der Elbe. Im Kalten Krieg der 50er Jahre drängte die zweite Frontstellung die erste ein Stückweit in den Hintergrund.

1945 war Niederlage und Befreiung zugleich. Altes wurde gewaltsam zerstört. Neues entstand meistens nur zögernd und mühsam, teilweise geplant und beabsichtigt, größtenteils als Resultat kaum gesteuerter Prozesse und anders intendierter Handlungen. Es empfiehlt sich, nicht auf den Punkt des Jahres 1945 zu blicken, sondern auf die Jahre um 1945 als Phase.

Zweifellos bestanden im westlichen Deutschland fundamentale Kontinuitäten weiter, und zwar solche produktiver und solche belastender Art. Teils hielten sie sich mit Unterstützung der Besatzungsmächte, teils gegen deren scheiternde Reformversuche. Trotzdem ergab sich aus Diktatur, Weltkrieg, Zusammenbruch und Besatzungspolitik zusammen, daß die Jahre um 1945 zu einem tieferen Einschnitt deutscher Geschichte wurden als die Revolutionen von 1918/19 und 1848/49. Zwar lebte auch 1945 viel von der Vergangenheit fort. "Nullpunkte" gibt es nicht in der Geschichte. Trotzdem eröffnete der Traditionsbruch jener Jahre die Chance zum Neuanfang, die in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR auf ganz unterschiedliche Weise genutzt worden ist.